



**University of
Zurich** ^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2024

Das globale Finanzsystem wird sich stark verändern

von Liechtenstein, Michael ; Puschmann, Thomas

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-267804>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

von Liechtenstein, Michael; Puschmann, Thomas. Das globale Finanzsystem wird sich stark verändern. In: Neue Zürcher Zeitung, 20 November 2024, 19.



Das heutige Mehrwertsteuersystem mit drei verschiedenen Sätzen und all den Ausnahmen verursacht einen hohen bürokratischen Aufwand.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

Für eine effizienzsteigernde Steuerreform

Der Bundeshaushalt könnte mit ausgabenseitigen Entlastungen saniert werden. Sollte aber auch die Einnahmeseite diskutiert werden, wäre die Einführung eines Einheitssatzes bei der Mehrwertsteuer in Kombination mit einem Abbau von Ausnahmen ein sinnvoller Weg.

Gastkommentar von Aymo Brunetti

Die zentrale Empfehlung der Expertengruppe «Aufgaben- und Subventionsüberprüfung» lautet, den Bundeshaushalt mit Entlastungen auf der Ausgabenseite zu sanieren. Auftragsgemäss erarbeiteten wir zudem auch einnahmenseitige Vorschläge, die wir aber als weniger prioritär einstufen.

Mit der «Beseitigung der steuerlichen Begünstigungen von Kapitalbezügen in der zweiten und dritten Säule» integrierte der Bundesrat einen dieser Vorschläge in sein Entlastungspaket, was zu harschen Reaktionen führte. Wer angesichts dieser Widerstände nach einnahmenseitigen Alternativen sucht: Wir haben auch eine Massnahme vorgeschlagen hatten, die aus Sicht der ökonomischen Effizienz substanzielle Vorzüge aufweist. Zusätzliche Einnahmen liessen sich nämlich auch mit der Einführung eines Einheitssatzes und der Beseitigung von Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer erzielen. Mit einer solchen Reform könnte man rund fünfmal höhere Mehreinnahmen erzielen als bei der Reform der Altersvorsorge und gleichzeitig den Normalsatz der Mehrwertsteuer von heute 8,1 Prozent auf 6,8 Prozent senken.

Eine solche Reform ist auch losgelöst vom Entlastungsprogramm sehr sinnvoll, auch weil die Mehrwertsteuer als Finanzierungsquelle immer wichtiger wird. Es gibt kaum eine wirtschaftspolitische Anpassung, die einen derart substanziellen Effizienz- und Wachstumsgewinn verspricht wie diese. Das heutige System mit drei verschiedenen Sätzen und verschiedenen, arbiträren Ausnahmen schafft grossen bürokratischen Aufwand, Wettbewerbsverzerrungen, Rechtsunsicherheiten und damit volkswirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe.

Der Bundesrat hat deshalb bereits 2008 eine umfassende Vorlage für eine stark vereinfachte Mehrwertsteuer mit nur einem Steuersatz und möglichst wenigen Ausnahmen vorgeschlagen. Leider fand dieses Projekt im Parlament keine Mehrheiten. Der Zeitpunkt wäre nun gut, um einen zweiten, ernsthaften Versuch zu wagen. Erstens als längerfristiger Beitrag zur Entlastung der Bundesfinanzen. Zweitens und vor allem aber auch, weil substanzielle zusätzliche Finanzierungsansprüche an die Mehrwertsteuer – man denke an die AHV oder die Armee – letztlich mittelfristig kaum vermeidbar scheinen.

Je stärker aber auf diese Steuer zurückgegriffen wird, desto schwerer wiegen die Ineffizienzen des komplexen Systems und desto höhere unnötige Wachstumskosten wird dies verursachen. Aus diesen Gründen lässt sich festhalten, dass die Dringlichkeit und Sinnhaftigkeit einer solchen Reform heute wohl etwas einfacher vermittelt werden könnte als bei der ersten Auflage vor der Finanzkrise. Die damaligen umfassenden Vorarbeiten bedeuten, dass hier bereits ein ausformuliertes Reformpaket vorliegt; man würde also nicht bei null starten.

Der grösste Vorbehalt gegen diese Reform betraf die Verteilungswirkungen; und das dürfte wohl auch bei einer Neuauflage der Fall sein. Heute gilt ein reduzierter Satz für eine Reihe von Gütern des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungsmittel. Oft wird argumentiert, dass eine Erhöhung dieses Satzes ärmere Haushalte besonders treffen würde, die einen grösseren Teil ihres Einkommens

Mit einem «sozialpolitischen Korrektiv» kann gewährleistet werden, dass die Reform zu keiner Mehrbelastung für die ärmsten 40 Prozent der Haushalte führen wird.

für derartige Güter ausgeben. Zwar liesse sich entgegen, dass der reduzierte Satz denen am meisten nützt, die generell mehr für diese Güter ausgeben, und das sind die reicheren Haushalte. Und ein Einheitssatz würde bei bisher mit dem Normalsatz besteuerten Gütern wie Wohnen, Bekleidung oder Verkehr Steuererleichterungen bringen. Dennoch dürfte diese Argumentation wohl nicht genügen, um die sozialpolitischen Vorbehalte gegen den Einheitssatz in der politischen Diskussion entscheidend zu kontorn.

Deshalb könnte – um die Realisierungschancen zu erhöhen – auch bei einer Neuauflage auf einen Kompensationsmechanismus zurückgegriffen werden, der schon in der Reform von 2008 vorgesehen war. Mit einem sogenannten «sozialpolitischen Korrektiv» kann gewährleistet werden, dass diese Reform ohne eine Mehrbelastung für die ärmsten 40 Prozent der Haushalte eingeführt werden könnte. Die Finanzierung eines solchen Ausgleichsmechanismus würde rund 0,1 Mehrwertsteuerprozent kosten. Auch wenn diese Haushalte gemäss damaligen Berechnungen im Saldo nur wenig von der Reform betroffen wären, wäre ein solches Korrektiv wohl hilfreich, um die Realisierungschancen des Projektes zu erhöhen; das politisch schwerwiegende Argument zusätzlicher Kosten für die ärmsten Haushalte liesse sich damit eliminieren.

Der Bundeshaushalt liesse sich mit ausgabenseitigen Entlastungen schonend sanieren. Wenn aber aus Sicht der politischen Ausgewogenheit auch einnahmenseitige Massnahmen erwogen werden, dann scheint es sinnvoll zu sein, dies mit einer Reform zu verknüpfen, die eine wachstumsfördernde Systemverbesserung bringt. Die Einführung eines Einheitssatzes, kombiniert mit dem Abbau von Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer, erfüllt diesen Anspruch.

Aymo Brunetti ist Professor am Departement Volkswirtschaftslehre der Universität Bern; er war Mitglied der vom Bundesrat eingesetzten Expertengruppe zur Aufgaben- und Subventionsüberprüfung.

Mit dem Beginn des Fintech-Zeitalters in den 2000er Jahren schien es, als werde das Finanzsystem umfassend rekonfiguriert. Doch die Reaktion der etablierten Finanzinstitutionen fiel eher verhalten aus, und in vielen Ländern blieb die Fintech-Revolution hinter den Erwartungen zurück. Letztlich bleibt die Frage, ob KI, Blockchain, Quantencomputer usw. doch noch einen nachhaltigen Einfluss haben werden. Andere Branchen wie die Reise- und die Musikindustrie haben gezeigt, dass die Digitalisierung oft länger dauert, dass dann aber die strukturellen Veränderungen häufig grösser ausfallen als erwartet.

Mindestens drei Gründe könnten längerfristig für einen radikaleren Umbau des Finanzsystems sprechen. So haben erstens Regulierungsbehörden auf der ganzen Welt damit begonnen, für Startups freundlichere Regime einzuführen. Zweitens entwickeln sich digitale Technologien nicht linear, sondern exponentiell, und ihre Konvergenz führt zu immer ausgefeilteren Lösungen. Drittens werden es die Kunden sein, die schliesslich diejenigen Dienstleistungen nutzen werden, die ihren Bedürfnissen am besten entsprechen. Beispiele sind die Tokenisierung von Vermögenswerten, Self-IPO (Börsengang), der Peer-to-Peer-Handel digitaler Vermögenswerte und Anwendungen von «Decentralized Finance» (De-Fi) auf Basis von Smart Contracts. Zusätzlich könnten digitale Währungen, die von privaten Stablecoin-Anbietern und Zentralbanken ausgegeben werden, zu grundlegenden Veränderungen im globalen Finanzsystem führen.

Hier findet derzeit eine Entbündelung der klassischen Funktionen von Geld als Wertübertragungsmittel, Zahlungsmittel und Wertaufbewahrungsmittel statt. Schon heute können verschiedene Typen von Geld für verschiedene Transaktionen besser eingesetzt werden als andere. So ist beispielsweise Fiat-Geld (wie etwa die Währungen der Zentralbanken) nicht im Krypto-Bereich einsetzbar, Stablecoins (eine Blockchain-Währung) dagegen

Das globale Finanzsystem wird sich stark verändern

Angesichts von KI, Blockchain und Quantencomputern läuft die Entwicklung des Finanzwesens derzeit noch gemächlich. Doch das muss nicht so bleiben. Gastkommentar von Prinz Michael von Liechtenstein und Thomas Puschmann

schon. Die Big-Tech-Firmen bündeln Zahlungsdienste mit anderen Diensten und nutzen so teilweise eigene Formen von Geld für ihre Plattformen. Führen diese Entwicklungen zu einem homogenen oder fragmentierteren Finanzsystem? Geopolitische Entwicklungen deuten derzeit auf eine grössere Fragmentierung hin. Ein mögliches Ergebnis ist eine Verstärkung des bestehenden, unipolaren globalen Reservesystems, das auf den US-Dollar zentriert ist. In diesem System würden die wahrgenommene Sicherheit und das Vertrauen in die Reservewährung zwar bestehen bleiben, aber die Liquiditätsversorgung würde sich trotz den niedri-

geren Transaktionskosten nicht wesentlich erweitern lassen. Zudem könnte das grössere Risiko der Währungssubstitution die geldpolitische Unabhängigkeit in einigen Ländern schwächen. Eine alternative Entwicklung hierzu sind neue dominante Reservewährungen – ein multipolares Szenario mit regionalen Blöcken (z. B. USA/Europa, China/Teile von Asien, Afrika usw.). Diese Blöcke könnten eine effizientere Risikoteilung und ein grösseres und vielfältigeres Angebot an globalen sicheren Vermögenswerten ermöglichen.

Sie könnten das System jedoch auch instabiler werden lassen, deshalb erfordern all diese Ent-

wicklungen mehr Zusammenarbeit, mehr Multilateralismus, eine stärkere supranationale Koordination und insgesamt weniger Fragmentierung. Gefragt ist ein politischer Rahmen, der auch die nötige Rechtssicherheit ermöglicht. Eine rasche Neugestaltung des Finanzsystems scheint eher unwahrscheinlich. Zum Beispiel zeigen die Krypto- und De-Fi-Konzepte (Finanzdienstleistungen, die direkt zwischen Nutzern stattfinden) das enorme Potenzial, aber auch die Risiken. Darüber hinaus ist die bestehende digitale Finanzinfrastruktur in weiten Teilen veraltet. Während etablierte Institutionen noch immer den Grossteil ihres Budgets für die Wartung ihrer Systeme ausgeben, konnten Fintech-Startups und die Big Techs ihre Systeme von Grund auf neu entwickeln. Entwicklungsländer könnten einen Vorteil haben, da sie oft keine komplexen heterogenen IT-Umgebungen von Grund auf entwickeln müssen, sondern mit diesen neuen Technologien neue Finanzinfrastrukturen einführen können.

Die Digitalisierung fördert letztlich ein neues, globales Finanzsystem, das aus digitalem Geld, digitalen Vermögenswerten und einer neuen digitalen Finanzmarktinfrastruktur besteht. Aber diese Entwicklung braucht Zeit und wird nicht über Nacht geschehen. Die Entwicklung von Standards befindet sich beispielsweise noch in einem sehr frühen Stadium. Zudem müssen sich die Regulierungsbehörden an diese neue Welt anpassen, in der nicht Institutionen, sondern digitale Dienstleistungen im Mittelpunkt stehen. Die bevorstehenden Entwicklungen werden daher wohl eher eine Evolution als eine Revolution darstellen.

Prinz Michael von Liechtenstein ist Präsident von Industrie- und Finanzkontor Ets. sowie Gründer, Präsident der Geopolitical Intelligence Services AG und Mitbegründer der Zeitschrift «Duckbacks»; Thomas Puschmann ist Gründer und Executive Director des Global Center for Sustainable Digital Finance an der Stanford University und der Universität Zürich und Mitbegründer der Zeitschrift «Duckbacks».